

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 15. Juni 2015

Verfasserin: Barbara Schaffner

Genehmigung der Erneuerungswahl Spitalrat (Cyrill von Planta)

Die Grünliberalen genehmigen die Wahl der neuen Mitglieder des Spitalrates ohne Begeisterung. Cyrill von Planta betont, dass eine Genehmigung eben etwas anderes als eine Wahl ist und eine Ablehnung nur bei triftigen Gründen angebracht ist. Insgesamt und auch bei den Grünliberalen stossen die Wahlvorschläge aber auf grosse Kritik. Es wird bemängelt, dass fehlendes Fachwissen im Spitalbereich besteht und dass zwei Personen aus derselben Anwaltskanzlei in die Verwaltungsräte der Flughafen AG und des Spitalrates delegiert werden.

Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen (Cyrill von Planta)

Cyrill von Planta betont, dass der Auftrag an die Nachfolgestudie vor allem war, abzuklären wie die Kinder zugewiesen werden. Diese Frage wurde in der Studie geklärt. Ein grosser Teil der Zuweisungen wird von der Schule ausgelöst. Sollte das Thema weiter erörtert werden, müsste vor allem in den Schulen angesetzt werden.

Krebsregistergesetz (Cyrill von Planta)

Der Kanton muss ein Krebsregistergesetz erlassen, um die heutige Praxis auf eine datenschutzrechtlich saubere Grundlage zu stellen. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass der Nutzen eines Krebsregisters für die Forschung so gross ist, dass die Datensammlung erlaubt werden soll. Der Datenschutz muss gewährleistet werden. Insbesondere sollen Patientinnen und Patienten das Recht haben, eine Eintragung ihres Falles abzulehnen. Zu den Detailanträgen: Die Grünliberalen wollten die Wahl der Registerstellen nicht im Gesetz verankern und auch die Möglichkeit zulassen, dass das Krebsregister von einer privaten Stelle geführt wird. Dieser Antrag unterlag gegen die Stimmen von SVP und SP. Auch bei der Forderung nach einem Widerspruchsrecht für Patienten und Patientinnen gegen die Eintragung ins Krebsregister unterlagen die Grünliberalen. Stattdessen setzte sich der regierungsrätliche Vorschlag durch, der nur eine Informationspflicht fordert. Die Eintragung der AHV-Nummer lehnten die Grünliberalen mit der Mehrheit des Rates ab. Die zweite Lesung und die Schlussabstimmung finden erst in einem Monat statt – es ist nicht auszuschliessen, dass es noch zu Änderungen kommen wird.

Kostenreduktion dank manueller Stichprobenprüfung von Spitalrechnungen durch die Krankenkassen (Michael Zeugin)

Der Vorstoss von Michael Zeugin verlangt eine manuelle Prüfung von Spitalrechnungen auf Basis von Stichproben. Auch wenn dadurch nicht eine Trendwende bei den steigenden Krankenkosten erreicht werden kann, geht es immerhin um einen zweistelligen Millionenbetrag. So hoch wird der Betrag geschätzt, der durch unentdeckte Fehler in der Rechnungsstellung das Gesundheitswesen unnötig belastet. Der Vorstoss wurde trotz Sympathien von mehreren Seiten klar nicht überwiesen.